



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom deutschen Reichstage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom deutschen Reichstage.

Berlin, 24. Februar.

Ein Woche der merkwürdigsten Kontraste liegt hinter uns. Unmittelbar nach einander war der Reichstag der Spiegel der imposanten Weltstellung Deutschlands und der kläglichen Unzulänglichkeit und Verworrenheit seiner inneren Zustände. Dem entsprechend herrschte am Anfange der Woche die gehobenste Stimmung, um schließlich einem Gefühle Platz zu machen, welches Bamberger drastisch aber wahr als Ragenjammer bezeichnete. Es ist hier nicht der Ort, auf die Erklärung des Reichskanzlers über die orientalische Frage ausführlich zurückzukommen; wohl aber verlohnt sich, auch in diesen Blättern den großartigen Triumph zu konstatiren, welchen die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck aufs Neue davongetragen. Wie wir vorhergesagt, hat die Rede des Reichskanzlers unerwartete Aufschlüsse in allen wesentlichen Punkten nicht gebracht; die Grundsätze, nach welchen die orientalische Politik des deutschen Reiches zu führen sei, waren ja vom Fürsten Bismarck bereits am 5. Dezember 1876 so klar und bestimmt entwickelt worden, daß ein Jeder sich die Stellung Deutschlands auch in der gegenwärtigen politischen Situation selbst konstruiren konnte. Das praktische Ergebniß der parlamentarischen Verhandlung über die betreffende Interpellation konnte nur ein neues Vertrauensvotum für diese Politik sein. Und dasselbe ist glänzender ausgefallen, als je ein anderes vorher. Gegenüber der Einmüthigkeit der liberalen und konservativen Parteien, stand die Opposition der vereinigten Ultramontanen, Polen und Sozialdemokraten um so jämmerlicher da. Der Versuch des Herrn Windthorst, mit dem ganzen Apparat seiner gehässigen Unterstellungen und hypothetischen Verläumdungen Unfrieden zwischen Wien und Berlin zu säen, hatte lediglich eine Erklärung Bismarcks über seine persönlichen Beziehungen zu Andrássy zur Folge, welche das gute Verhältniß zwischen den beiden Kabinetten nur noch befestigen kann. So überwältigend war der Eindruck von der Korrektheit und Zweckmäßigkeit der von dem Reichskanzler gehandhabten auswärtigen Politik, daß die gegnerische Presse sich kaum mit schüchternen und schwächlichen Anzweiflungen hervorwagte, während die ungeheure Mehrheit aller Organe der öffentlichen Meinung, darunter sogar ein sonst so schroffes Oppositionsblatt wie die „Frankfurter Zeitung“, ihre unumwundene Anerkennung zum Ausdruck brachte. Noch mehr aber: die Preßstimmen der ganzen Welt, auch da, wo man für das neue deutsche Reich das entschiedenste Uebelwollen

im Herzen trägt, haben der Wahrheit die Ehre geben müssen. Wie ganz und gar hat sich doch im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre die Anschauung Europa's über die Bismarck'schen Pläne, über die ganze Stellung, welche das neue Deutschland nach seiner wunderbaren Wiedergeburt, nach seinen beispiellosen kriegerischen Erfolgen im Rathe der Völker einzunehmen beanspruche, geändert! Die wenigen Unverbesserlichen, welche auch jetzt noch dem deutschen Reiche das Streben nach einem allbeherrschenden Uebergewicht in Europa insinuiren, brauchen einer ernstern Widerlegung gar nicht erst gewürdigt zu werden: sie verfallen einfach der Lächerlichkeit. Zu welchem Ergebnisse die Verhandlungen der bevorstehenden Konferenz nun auch führen mögen, kein Unbefangener wird mehr bestreiten können, daß Deutschland die Erhaltung des allgemeinen Friedens redlich gewollt hat, und dem deutschen Volke ist von Neuem die Gewißheit gegeben, daß sein Blut nicht in einem leichtfertig durch die Eiferfüchteleien und die Schachzüge der Diplomaten heraufbeschworenen Kriege eingesetzt werden wird.

Es war nach langer Zeit wieder einmal das Gefühl der ungetrübten Freude an dem neugeschaffenen nationalen Staatswesen, welches den Reichstag am 19. Februar belebte. Die Rehrseite des Bildes trat bei der Debatte über die Steuervorlagen ans Licht. Schon in unserem vorigen Briefe sind die Gesichtspunkte gekennzeichnet, welche für die Haltung des Reichstages gegenüber diesen Vorlagen maßgebend sein mußten. Noch entschiedener, als man vorher erwarten konnte, ist diese Haltung seitens aller Parteien eine ablehnende gewesen. Wie die zweitägige Verhandlung ergab, ist man nicht allein über die Nothwendigkeit einer Steuerreform überhaupt, sondern auch darüber einverstanden, daß dieselbe im Wege der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches und der Entlastung der Einzelstaaten zu bewerkstelligen ist. Fast ebenso einmüthig geht die Meinung des Reichstages dahin, daß diese Vermehrung auf dem Gebiete der indirekten Steuern, und zwar besonders bei der Tabaksteuer gesucht werden muß. Aber das einstimmige Urtheil sämmtlicher Parteien ging dahin, daß die gegenwärtigen Vorlagen eine geeignete Grundlage zu einer Steuerreform nicht darstellen, daß sie vielmehr auf eine bloße Steuervermehrung hinauslaufen.

Soweit verlief Alles, wie sich ziemlich bestimmt vorhersehen ließ. Das Unvorhergesehene war die Haltung der Regierung. Zuerst versuchten ihre Vertreter, die Tabaksteuervorlage — um diese fast ausschließlich drehte sich die Debatte — gegen die erhobenen Angriffe dadurch zu verteidigen, daß sie dieselbe als eine geeignete, ja unerläßliche Vorbereitungsmaßregel zu einer Besteuerung des Tabaks in großem Style, sei es im Wege des amerikanischen Systems, sei es im Wege des Monopols, bezeichneten. Dann erklärte Fürst

Bismarck rund heraus, daß er das Tabaksmonopol erstrebe, und nun gestand der Finanzminister Camphausen, nachdem er Tags zuvor dem Hause auf's Eingehendste alle bedenklichen Seiten des Monopols zu erwägen gegeben hatte, daß es mit der gegenwärtigen Vorlage in Wahrheit auf die Vorbereitung des Tabaksmonopols abgesehen sei. Dadurch gewann denn die Sache eine vollkommen andere Gestalt. Der Reichstag würde sich also jetzt im Grunde nicht über die vorgeschlagene Erhöhung der Tabakssteuer schlüssig zu machen haben, sondern über die prinzipielle Frage, ob Monopol oder nicht. Wäre das Schicksal des Gesetzentwurfs nicht bereits vorher besiegelt gewesen, diese Wendung hätte ihm sicher den Todesstoß gegeben. Man kann persönlich die Ueberzeugung hegen, daß der Tabak nur durch die Einführung des Monopols für die Reichskasse im wünschenswerthen Maße nutzbar gemacht werden kann, in-
deß werden selbst die Freunde des Monopols zugeben müssen, daß diese Frage im gegenwärtigen Augenblicke für die Gesetzgebung noch durchaus nicht spruchreif ist. Am allerwenigsten aber kann der Reichstag zugeben, daß das Monopol so zu sagen eingeschmuggelt wird! Die Verweisung der Steuervorlagen an die Budgetkommission, wie sie mit großer Majorität beschlossen wurde, bedeutet lediglich das anständige Begräbniß derselben!

Wenn nach dieser Seite hin die Steuerdebatte also gewissermaßen zu einem Abschluß geführt hat, so sind nach einer andern Seite hin — und dies ist die wichtigere — ihre Folgen noch unabsehbar. Greller, als es im Laufe dieser Verhandlungen geschehen, konnte die gänzliche Unhaltbarkeit der heutigen Reichsorganisation nicht zur Anschauung gelangen. Es bedurfte gar nicht erst überzeugender Reden, wo die Thatfachen so laut für die Nothwendigkeit der Schaffung eines Reichsfinanzamts unter einem verantwortlichen Leiter sprachen. Wir lassen die persönliche Wendung, welche der preussische Finanzminister in dieser Beziehung der Debatte gab, ganz bei Seite. Die Verhandlungen mögen dadurch an dramatischem Interesse gewonnen haben, eine sachliche Nothwendigkeit zu solchen Auseinandersetzungen lag indeß nicht vor. Es handelt sich um organische Mißstände in den Reichseinrichtungen, welche ohne alle persönliche Rücksichtnahme beseitigt werden müssen. Daß diese Mißstände jetzt so peinlich hervortraten, konnte allerdings nirgends einen erfreulichen Eindruck machen; immerhin aber hat es jedenfalls die Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit einer raschen Heilung bestärkt. Und so ist denn hoffentlich die Steuerdebatte für die bevorstehende Berathung der Stellvertretungsvorlage, bei welcher recht eigentlich der Finger in die Wunde zu legen sein wird, nicht ohne Nutzen gewesen.

x. 2.